



2012 Brüsseler Erklärung

Individuelle Freiheiten und Menschenrechte schützen

Zum Schutz von Redefreiheit, Bürgerrechten, Menschenrechten und Demokratie gegen jegliche Form der Verletzung oder widerrechtlichen Aneignung dieser universalen Prinzipien rufen wir die politischen Führer aller Nationen auf, diese Brüsseler Erklärung zum Schutz der individuelle Freiheit und Menschenrechte zu unterstützen:

Zu bestätigen, dass Menschenrechte und Freiheiten allgemeingültig, individuell, gleich, unveräußerlich und selbstverständlich sind, ungeachtet philosophischer, kultureller oder religiöser Überlegungen, als Angelegenheit, die einem seit lange gängigem Prinzip entspricht.

In Betracht zu ziehen, dass jeder ehrliche Verteidiger der Demokratie das Recht und die Pflicht besitzt Redefreiheit, Bürgerrechte und Menschenrechte aufrecht zu erhalten und zu verteidigen.

Die unbestreitbare Tatsache *anzuerkennen*, dass das Schariarecht dem Buchstaben nach und in seiner Anwendung mit der Rededreiheit, den Bürgerrechten und Menschenrechten unvereinbar und destruktiv ist und als solches auch mit den fundamentalen Prinzipien der Demokratie (wie dies in dem Urteil des ECHR [Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte] vom 13. Februar festgestellt wurde).

Zu bestätigen, dass die Erklärung, die unter dem Namen „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ bekannt ist und die im allgemeinen kurz „Kairoer Erklärung“ genannt wird, alle Menschenrechte unter dem Schariarecht und den normativen Verhaltensvorschriften der Scharia (KEDM Artikel 22, 23,24) beschneidet, unter dem Vorwand, dass „Alle Menschen eine Familie sind, deren Mitglieder durch die Unterordnung unter Allah vereint werden“ (KEDM Artikel 1);

Zu beobachten, dass die Organisation der Islamischen Kooperation (OIC), die die Kairoer Erklärung geschaffen hat und die gegenwärtig ihr Hauptbefürworter ist, durch ihre andauernden und zielstrebigem Aktivitäten bewiesen hat, dass sie die hauptsächliche internationale politisch-religiöse Organisation ist, die daran arbeitet Redefreiheit, Bürgerrechte und Menschenrechte zu beschneiden und die Scharia auf der ganzen Welt durchzusetzen.

Geltend zu machen, dass jede offizielle Bestätigung oder Förderung der Kairoer Erklärung oder jeder anderen Kooperation mit der OIC, die durch den *Konsequenzentest* zu einer vermehrten Umsetzung der Scharia irgendwo auf der Welt führt, die Täter als aktive Gegner von Demokratie, Redefreiheit, Bürgerrechten und Menschenrechten kennzeichnet.

Festzustellen, dass solch eine Identifizierung zur Illegitimität jedes Versuchs seitens des Täters führt, Angelegenheiten zu diskutieren oder zu verhandeln bei denen es um Redefreiheit, Bürgerrechte und Menschenrechte geht in jedwedem nationalen oder internationalen Forum.

Die Unterzeichner verlangen feierlich von ihren Regierungen und bürgerlichen Gesellschaften:

1. Einen Prozess *einzuweisen*, unter dem Namen Brüsseler Prozess, um den Inhalt dieser Erklärung durch Bildungs- und politische Initiativen auf allen Ebenen der Regierung und in allen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft umzusetzen, um die zukünftigen Freiheiten und Rechte unserer Nationen und unserer Kinder zu sichern, so dass alle Mitglieder der Menschheit als freie Individuen gedeihen mögen.
2. Jedwede Einladung in lokalen, nationalen oder internationalen Foren abzulehnen, die Bürgerrechte, Redefreiheit oder Menschenrechte diskutieren, wenn die Organisatoren – individuelle Personen oder Organisationen – als Unterstützer der Kairoer Erklärung bekannt sind oder durch die Umsetzung der Scharia in der Gesellschaft, wenn das verhandelte oder diskutierte Thema keinen Umschwung in ihrer Kodifizierung bedeutet und die Umsetzung der Menschenrechte nach Definition der UNHCR weg von der Definition der Kairoer Erklärung führt.
3. Gegen jede Art der Teilnahme an lokalen, nationalen oder internationalen Treffen zu *protestieren*, bei denen es um Diskussionen oder Verhandlungen von Bürgerrechten, Redefreiheit oder Menschenrechten geht durch die bekannten Befürworter der Kairoer Erklärung oder jenen, die die Scharia in der bürgerlichen Gesellschaft umsetzen, wenn sie nicht mit einem Beobachterstatus teilnehmen oder ihren Zutritt zum Brüsseler Prozess verhandeln wollen.
4. Eine gründliche Untersuchung *einzuweisen* vor irgendwelchen bilateralen oder multilateralen Kooperationen über Angelegenheiten die Bürgerrechte, Redefreiheit oder Menschenrechte beinhalten, um jene Teilnehmer klar zu erkennen, die die Kairoer Erklärung oder das Schariarecht befürworten, oder die mit der OIC oder deren angeschlossenen Organisationen zusammengearbeitet haben.
5. Jedwede öffentliche Förderung der Verbreitung der Kairoer Erklärung oder jedwede Umsetzung und Durchsetzung der Scharia in der Gesellschaft *zurückzuweisen* und zu *verbieten*, weil solche Förderungen einen direkten Angriff auf unsere fundamentalsten demokratischen Prinzipien und Menschenrechte darstellen.
6. Jedwede Kooperation mit allen bekannten Unterstützern der Kairoer Erklärung zu *beenden*, sei es auf nationalem oder internationalem Gebiet, wenn diese Kooperation zum Ziel oder als Ergebnis hat, bürgerliche Freiheiten, Redefreiheit oder Menschenrechte in einer demokratischen Gesellschaft einzuschränken, bis diese Befürworter die Kairoer Erklärung zurückweisen.
7. Kooperation und Unterstützung in allen Bereichen *auszuweiten*, gegenüber ehemaligen Befürwortern der Kairoer Erklärung, die die Unterdrückung durch die OIC und Anwendung des Schariagesetzes auf Bürgerrechte, Redefreiheit und Menschenrechte ablehnen und die betonen, dass Menschenrechte und Freiheiten universell, individuell, gleich, unveräußerlich und selbstverständlich sind ungeachtet philosophischer, kultureller oder religiöser Überlegungen.
8. Sich in bürgerlichen Gesellschaften und offiziellen Organisationen zu *engagieren*, die daran mitarbeiten individuelle Freiheiten vor der Unterdrückung durch das Schariarecht zu schützen, insbesondere jene, die in Ländern beheimatet sind, die Unterzeichner der Kairoer Erklärung oder Mitglieder der OIC sind, um den Dialog, die Bildung und das Verständnis für individuelle Freiheiten und Menschenrechte zu unterstützen, denn diese Begriffe sind in den westlichen Nationen oft benutzt worden.